

***(4)
"Normalisierung" des Verhältnisses
zwischen China und der Mongolischen
Volksrepublik**

Ende 1989 war auch die Mongolei von der Emanzipationsbewegung erfaßt worden, die zu dieser Zeit durch fast alle sozialistischen Länder ging. Im Dezember war die erste oppositionelle Partei, nämlich die Mongolische Demokratische Union, entstanden, der besonders viele Studenten und Intellektuelle angehören, die einst ihre Ausbildung in der Sowjetunion erhalten haben. Hauptanliegen dieser Partei ist es, freie Wahlen, ein Mehrparteiensystem, eine stärkere Beachtung der Menschenrechte und eine Volksabstimmung über die Einführung der Marktwirtschaft durchzusetzen. Anfang März demonstrierten in Ulan Bator Zehntausende von Menschen für politische Reformen.

In dieser Umbruchsituation beschloß die mongolische Führung, auch ihre außenpolitischen Beziehungen neu zu überdenken und vor allem die seit langem gestörten Beziehungen zur VR China wieder zu verbessern. In diesem Sinne sprach sich der mongolische Präsident Otschirbat am 21. April gegenüber dem chinesischen Botschafter in Ulan Bator aus.

Otschirbat erhielt eine Einladung nach Beijing und hielt sich dort vom 4.-7. Mai 1990 auf. Am Ende seiner Visite kam es zur Unterzeichnung eines 7-Punkte-Kommuniqués, in dem beide Seiten ihre Zufriedenheit über die "Normalisierung" ihrer gegenseitigen Beziehungen äußerten. (Offensichtlich waren die bisherigen Beziehungen nicht als "normal" empfunden worden!) Außerdem bekundeten sie ihre Entschlossenheit, ihr gegenseitiges Verhältnis auf der Basis des 1960 geschlossenen "Vertrags über Freundschaft und gegenseitige Hilfe" zu erneuern und daneben die "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" zu beachten. Friede und Entwicklung seien die gegenwärtig wichtigsten Anliegen in der Welt. Im Interesse beider Zielsetzungen sollten China und die MVR auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zusammenarbeiten und sich gleichzeitig auch über den "sozialistischen Aufbau" in ihren Ländern gegenseitig konsultieren (BRu 1990, Nr. 21, S. 4). Die "Sozialismus"-Formel ist höchstwahrscheinlich auf chinesischen Wunsch in das Protokoll eingefügt worden! -we-

***(5)
Öffnung vier neuer Außenhandels-
häfen**

Im Zuge seiner "Kaimen" (Türöffnungs)-Politik hat die VR China seit Beginn der Wirtschaftsreformen im Dezember 1978 insgesamt 143 Umschlagplätze für den Handel mit dem Ausland geöffnet oder z.T. auch neu geschaffen, darunter 82 Häfen, 28 Flughäfen und 10 Bahnhöfe.

In Kürze sollen vier neue Häfen und innerhalb der nächsten zwei Jahre sogar zehn weitere Häfen geöffnet werden (CD, 10.6.1990). Genauere Termine wurden allerdings nicht genannt. Zwei der vorgesehenen Häfen, Yangpu und Qinglan, liegen auf der Insel Hainan, die inzwischen Provinzstatus erhalten hat. Durch den Umbau des Hafens von Qinglan sollen Schiffe mit einer Fracht von bis zu 5000 t abgefertigt werden können. In Yangpu sogar bis zu 10.000 t.

Die weiteren Häfen sind Yantian und Da'an - letzterer in der nordostchinesischen Provinz Jilin. -we-

***(6)
Kritische Äußerungen Deng Xiaopings
beim Besuch von Ex-Bundeskanzler
Helmut Schmidt; Sorgen mit den Stu-
denten im Ausland**

Anlässlich eines dreitägigen privaten Aufenthalts in Beijings kam der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt mit Deng Xiaoping und mit KP-Generalsekretär Jiang Zemin zusammen. Deng soll bei dieser Unterredung der politischen Führung seines Landes Fehler vorgeworfen haben: Man dürfe den Studenten nicht die alleinige Schuld für die Vorfälle geben. Vielmehr habe die Führung der KPCh Fehler gemacht. Unklar ist, ob diese Kritik eher gegen den jetzigen Ministerpräsidenten Li Peng - den Vertreter einer harten Linie - oder aber gegen den früheren Generalsekretär Zhao Ziyang gerichtet ist, der einen für Deng Xiaopings Gefühl eher zu weichen Kurs gesteuert hatte.

Li Peng versprach anlässlich der Wiederkehr des 4. Juni "Milde" gegenüber den chinesischen Studenten im Ausland. Die Regierung wolle ihnen, die sich durch Verdrehungen und Falschmeldungen zu unbedachten Äußerungen hätten verleiten lassen, verzeihen und lade sie "herzlich" zur Rückkehr

ein, wenn sie bereit seien, die Verfassung und die Gesetze des Landes zu respektieren. Aus dem Munde Li Pengs klingen solche Äußerungen wie Obszönitäten.

Besorgt zeigte sich die chinesische Regierung über eine Ankündigung der australischen Regierung, sie wolle 20.000 chinesischen Studenten in Australien dauernden Aufenthalt gewähren, wenn diese sich zum Bleiben entscheiden sollten. Eine Sprecherin des chinesischen Außenministeriums bemerkte dazu am 7. Juni, daß die australische Regierung gemäß vertraglicher Verpflichtungen gehalten sei, die Studenten zur Rückkehr nach Hause zu veranlassen, sobald sie ihre Studien beendet hätten. -we-

Innenpolitik

***(7)
Umfangreiche personelle Um- und
Neubesetzungen in den Führungen der
Militärregionen**

Umfangreiche personelle Um- und Neubesetzungen in den Führungsorganen von sechs der sieben großen Militärregionen Chinas wurden im Mai 1990 von seiten der Zentrale vorgenommen. Die im Mai erfolgten personellen Veränderungen an der Spitze der Militärregionen sind die umfangreichsten seit Juni 1985, als die ursprünglich elf Militärregionen auf sieben verringert wurden (siehe dazu P. Schier, "Eine umfassende Reform der Chinesischen Volksbefreiungsarmee", in C.a., Juni 1985, S. 376-382).

Die personellen Veränderungen wurden offenbar nicht auf einer normalen oder erweiterten Sitzung der ZK-Militärkommission formell beschlossen, wie dies noch im Juni 1985 der Fall gewesen war. Die Beschlüsse sollen statt dessen von einem informellen Gremium von 10 Parteiveteranen gefaßt worden sein, dem Deng Xiaoping, Chen Yun und Li Xiannian angehören sollen (FT, 12.6.90). Weitere mögliche Mitglieder sind Yang Shangkun, Wang Zhen und Liu Huaqing.

Die Personalbeschlüsse wurden auch nicht in der zentralen Presse bekanntgegeben, sondern von Yang Baibing, dem Generalsekretär der ZK-Militär-

kommission, der zu diesem Zweck in die einzelnen Militärregionen reiste. Über die Gründe für dieses in der Form ungewöhnliche Verfahren liegen keine abgesicherten Erkenntnisse vor. Allerdings berichtete die gewöhnlich gut informierte Hongkonger Zeitschrift *Zhengming*, daß sich ab Anfang März eine Reihe von regionalen Militärführern geweigert hätten, zu Sitzungen der ZK-Militärkommission in Beijing zu erscheinen. So hätte die Militärregion Nanjing Anfang März lediglich einen stellvertretenden Politikkommissar und einen stellvertretenden Stabschef nach Beijing entsandt, die an Sitzungen der ZK-Militärkommission nicht teilnahmeberechtigt seien. (Zhengming, Juni 1990, S. 14)

Erstmals hatte die Hongkonger KPCh-orientierte Tageszeitung *Da Gong Bao* am 3. Mai 1990 von umfangreichen personellen Umbesetzungen in der Führung der Militärregion Guangzhou berichtet. Diese Veränderungen wurden vom Generalsekretär der ZK-Militärkommission Yang Baibing persönlich bekanntgegeben, der sich zu diesem Zweck vom 1. bis 3. Mai in Guangzhou aufhielt. Yang hatte zuvor bereits in Lanzhou und Chengdu personelle Veränderungen in den dortigen Militärführungen bekanntgemacht. Nach seinem Aufenthalt in Guangzhou soll Yang nach Jinan weitergefliegen sein, um auch dort die in der Zentrale gefaßten Personalbeschlüsse zu verkünden. Die personellen Veränderungen sollen nach Angaben von *Da Gong Bao* alle sieben Militärregionen betreffen. (DGB, 3.5.90, in SWB, 4.5.90)

Nach Auswertung weiterer Quellen konnten insgesamt folgende personelle Veränderungen in den Führungen der Militärregionen (MR) festgestellt werden:

MR Beijing

- bisheriger Kommandeur: Zhou Yibing (68), offenbar entmachtet. Zhou war erst im Dezember 1987 zum Kommandeur der MR Beijing ernannt und kurz zuvor auf dem XIII. Nationalen Parteitag der KPCh zum ersten Mal in das ZK gewählt worden.
- neuer Kommandeur: Wang Chengbin (62), bisher stellvertretender Kommandeur der MR Nanjing
- bisheriger Politikkommissar: Liu Zhenhua (69), offenbar entmachtet. Liu war erst im Dezember 1987 zum Politikkommissar der MR Beijing ernannt worden.

- neuer Politikkommissar: Zhang Gong (55), bisher Direktor der Politischen Abteilung der MR Beijing.

MR Chengdu

- bisheriger Kommandeur: Fu Quanyou (60), versetzt in die MR Lanzhou als Kommandeur
- neuer Kommandeur: Zhang Taiheng (59), bisher stellvertretender Kommandeur der MR Chengdu
- bisheriger Politikkommissar: Wan Haifeng
- neuer Politikkommissar: Gu Shanqing (59), bisher stellvertretender Politikkommissar der MR Guangzhou

MR Guangzhou

- bisheriger Kommandeur: Zhang Wannian (62), versetzt in die kleinere MR Jinan als Kommandeur
- neuer Kommandeur: Zhu Dunfa (63), bisher stellvertretender Kommandeur der MR Shenyang
- neuer stellvertretender Kommandeur: Li Xilin (60), bisher Stabschef der MR Guangzhou
- Politikkommissar: Zhang Zhongxian (64)
- neue stellvertretende Politikkommissare:
 - Gao Tianzheng, bisher stellvertretender Direktor der Politischen Abteilung der MR Guangzhou
 - Liu Xinzeng, bisher stellvertretender Politikkommissar der MR Lanzhou

MR Jinan

- bisheriger Kommandeur: Li Liulong (61), nach Beijing versetzt als stellvertretender Direktor der Zentralen Logistikabteilung der VBA
- neuer Kommandeur: Zhang Wannian (62), bisher Kommandeur der MR Guangzhou
- Politikkommissar: Song Qingwei (61)

MR Lanzhou

- bisheriger Kommandeur: Zhao Xianshun (65)
- neuer Kommandeur: Fu Quanyou (60), bisher Kommandeur der MR Chengdu
- Politikkommissar: Li Xuanhua

MR Nanjing

- bisheriger Kommandeur: Xiang Shouzhi (73) [Xiang soll enge Verbindungen zu Qin Jiwei unterhalten.]
- neuer Kommandeur: Gu Hui (60), bisher stellvertretender Kommandeur der MR Jinan
- bisheriger Politikkommissar: Fu Kuiqing (70)
- neuer Politikkommissar: Shi Yuxiao (57), bisher stellvertretender Politikkommissar der MR Nanjing

MR Shenyang

- Kommandeur: Liu Jingsong (57)
- Politikkommissar: Song Keda (62)

(DGB, 3.5.90, in SWB, 4.5.90; Radio Sichuan, 5.5.90, in SWB, 8.5.90; Xinjiang TV, 2.6.90, in SWB, 6.6.90; Radio Shanghai, 3.6.90, in SWB, 7.6.90; DGB, 4.6.90; FT, 12.6.90; FEER, 14.6.90.

Abgelöst und nicht auf einen neuen Posten berufen wurden

- Zhou Yibing (68) und Liu Zhenhua (69) aus der MR Beijing,
- Wan Haifeng aus der MR Chengdu,
- Zhao Xianshun (65) aus der MR Lanzhou sowie
- Xiang Shouzhi (73) und Fu Kuiqing (70) aus der MR Nanjing.

Abgelöst und auf eine neue, etwa gleichrangige Position versetzt wurden

- Fu Quanyou (60) von der MR Chengdu in die MR Lanzhou,
- Zhang Wannian (62) von der MR Guangzhou in die MR Jinan,
- Liu Xinzeng von der MR Lanzhou in die MR Guangzhou und
- Li Liulong (61) von der MR Jinan in die VBA-Zentrale.

Auf ihren Posten verblieben

- Zhang Zhongxian (64) in der MR Guangzhou,
- Song Qingwei (61) in der MR Jinan,
- Li Xuanhua in der MR Lanzhou sowie
- Liu Jingsong (57) und Song Keda (62) in der MR Shenyang.

Um eine Stufe befördert wurden

- Wang Chengbin (62) von der MR Nanjing in die MR Beijing,
- Zhang Taiheng (59) in der MR Chengdu,
- Gu Shanqing (59) von der MR Guangzhou in die MR Chengdu,
- Zhu Dunfa (63) von der MR Shenyang in die MR Guangzhou,
- Li Xilin (60) in der MR Guangzhou,
- Gu Hui (60) von der MR Jinan in die MR Nanjing und
- Shi Yuxiao (57) in der MR Nanjing.

Um zwei Stufen befördert wurden

- Gao Tianzheng vom stellvertretenden Direktor der Politischen Abteilung zum stellvertretenden Politikkommissar der MR Guangzhou und
- Zhang Gong (55), vom Posten des Direktors der Politischen Abteilung zum Politikkommissar der MR Beijing.

Die umfangreichsten personellen Veränderungen wurden in den Militärregionen Beijing, Chengdu, Guangzhou und Nanjing vorgenommen, während in der MR Shenyang im wesentlichen alles beim alten blieb: Der Kommandeur und der Politikommissar wurden nicht ausgetauscht, und der bisherige stellvertretende Kommandeur der MR Shenyang, Zhu Dunfa, stieg zum Kommandeur der MR Guangzhou auf. Damit wurde offenbar das Verhalten der Führung der MR Shenyang während der Niederschlagung der Studentenbewegung belohnt.

Auf den ersten Blick handelt es sich bei dem Personalkarussell in den regionalen Führungsstäben der VBA um eine Verjüngungsmaßnahme. Tatsächlich dürften die personellen Neu- und Umbesetzungen in den Führungen der Militärregionen aber eher im Zusammenhang stehen mit dem innerhalb der Partei und der Armee umstrittenen Einsatz von VBA-Verbänden gegen die Studentenbewegung im Mai/Juni 1989 und mit dem Machtkampf innerhalb der politischen Führung. Es muß davon ausgegangen werden, daß alle abgelösten und nicht wieder verwendeten Militärführer wahrscheinlich Gegner des Militäreinsatzes waren und von der gegenwärtig herrschenden orthodox-konservativen Koalition als nicht loyal eingestuft werden. Dies gilt vor allem für die Militärregion Beijing, in deren Führung nicht nur der Kommandeur Zhou Yibing und der Politikommissar Liu Zhenhua abgesetzt wurden: Der Kommandeur des Beijinger Militärbezirks (auch Garnison genannt) und stellvertretende Kommandeur der Militärregion Beijing, Yan Tongmao (68), war bereits unmittelbar nach der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung abgesetzt worden, ebenso wie die Kommandeure des 38. und des 28. Armeekorps, Xu Qinguang und Lu Xiangsheng, die beide dem Kommando der Militärregion Beijing unterstehen.

Die Tatsache, daß sowohl in der MR Beijing als auch in der MR Nanjing der Kommandeur und der Politikommissar abgelöst wurden und keine weitere Verwendung mehr fanden, scheint Berichte zu bestätigen, nach denen sich anfangs zumindest die Führungen der Militärregionen Beijing und Nanjing gegen einen Militäreinsatz zur Beendigung der Studentenproteste gewandt hatten. Angeblich soll es auch in den Militärregionen Chengdu, Guangzhou und Lanzhou Loyalitätsprobleme gegeben haben.

Bei den beförderten Militärs soll es sich im wesentlichen um Offiziere handeln, die den Militärführern Yang Shangkun und Yang Baibing nahestanden und die sich bei der Niederschlagung der Studentenbewegung loyal, entschlossen und effizient erwiesen haben. So sollen - nach Angaben des Korrespondenten der *Financial Times* in Beijing, Peter Ellingsen - der neue Kommandeur und der neue Politikommissar der MR Beijing, Wang Chengbin und Zhang Gong, den beiden Yang-Brüdern eng verbunden sein, und der neue Kommandeur der MR Guangzhou, Zhu Dunfa, und der neue Kommandeur der MR Nanjing, Guo Hui, sollen sehr energisch bei der gewaltsamen Beendigung der Proteste im letzten Jahr vorgegangen sein (FT, 12.6.90; vgl. Zhengming, Juni 1990, S. 14-17).

Im Falle von Zhang Gong wird der Hintergrund seines jüngsten Aufstiegs über zwei Rangstufen besonders deutlich: Zhang Gong fungierte während der blutigen Niederschlagung der Studentenbewegung 1989 als Sprecher des Kommandostabs der Truppen zur Durchsetzung des Ausnahmezustands und verteidigte den brutalen Militäreinsatz u.a. als "vollkommen legal". Er behauptete, daß während der Räumung des Tiananmen-Platzes nicht ein einziger Zivilist von Soldaten getötet worden sei und bezeichnete den Militäreinsatz im Zentrum von Beijing als einen "Prozeß des friedlichen Rückzugs [der Studenten] unter unserer machtvollen und wiederholten Propagandaarbeit" (zitiert nach R. Cremerius, D. Fischer, P. Schier, *Studentenprotest und Repression in China, April - Juni 1989*, Hamburg 1990, S. 455).

Die jetzt bekanntgewordenen personellen Veränderungen in den regionalen Führungsstäben der VBA dürften nur die Spitze eines Eisbergs einer umfangreichen Säuberung des Offizierskorps der Chinesischen Volksbefreiungsarmee darstellen. Mehrfach haben Vertreter der konservativ-orthodoxen Kräfte, darunter VBA-Politichef Yang Baibing, in den vergangenen Monaten gefordert, daß die VBA-Führungsstäbe fest in den Händen jener Offiziere liegen müßten, die sich als absolut loyal gegenüber der KPCh und gegenüber dem Marxismus erwiesen hätten. Yang Baibing soll in einer unveröffentlichten Rede auf der erweiterten Sitzung der ZK-Militärkommission Anfang No-

vember 1989 eingeräumt haben, daß gegen mehr als 3.500 VBA-Offiziere, darunter 56 in Führungsstäben, wegen Befehlsverweigerung im Zusammenhang mit der Niederschlagung der Studentenproteste und wegen Unterstützung der Demokratiebewegung ermittelt werde (J.Kahl, in SZ, 1.3.90). -sch-

*(8)

Neue Zusammensetzung der Zentralen (staatlichen) Militärkommission

Zum Abschluß seiner diesjährigen Jahrestagung beschloß der Nationale Volkskongreß am 4. April 1990 personelle Veränderungen innerhalb der Zentralen (staatlichen) Militärkommission, die seit ihrer Schaffung personell immer identisch mit der ZK-Militärkommission besetzt gewesen ist. Zum neuen Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission und damit zum Nachfolger von Deng Xiaoping wurde ZK-Generalsekretär Jiang Zemin gewählt, nachdem Deng nun auch von seinem letzten offiziellen Amt zurückgetreten war. Unerwartet hingegen war die Entlassung von Hong Xuezhi (77) von seiner Position als Mitglied der Zentralen Militärkommission, da Hong noch Ende Januar in seiner Funktion als Mitglied der ZK-Militärkommission aufgetreten war. Den Hintergrund für die Entlassung von Hong Xuezhi stellen wahrscheinlich schwere Auseinandersetzungen zwischen ihm und Yang Baibing dar (siehe hierzu Zhengming, Juni 1990, S. 14-17). Außerdem hatte Hong Xuezhi Anfang März einen Brief von VBA-Veteranen an Deng Xiaoping unterzeichnet, in dem indirekt vor einer Übernahme der Führungsgewalt über die Armee durch die Brüder Yang Shangkun und Yang Baibing gewarnt worden war (siehe die entsprechende Übersicht in diesem Heft).

Nach den personellen Beschlüssen der 3. Tagung des VII. NVK ist die Zentrale Militärkommission nun wie folgt zusammengesetzt:

Vorsitzender: Jiang Zemin (63)

stellv. Vors.: Yang Shangkun (83)
Liu Huaqing (74)

Mitglieder: Yang Baibing (70)
Qin Jiwei (76)
Chi Haotian (60)
Zhao Nanqi (55)

Damit ist die Zentrale Militärkommission wieder personell identisch mit der ZK-Militärkommission besetzt, deren Zusammensetzung bereits auf der 5. Plenartagung des XIII. ZK im November 1989 geändert worden war (C.a., November 1989, S. 878ff.; zur Zusammensetzung der ZK-Militärkommission siehe C.a., Dezember 1989, Ü 7). Eine Ausnahme bildet die Mitgliedschaft von Hong Xuezhai in der ZK-Militärkommission, die ihm jedoch nach seinem Ausscheiden aus der Zentralen Militärkommission Anfang April wahrscheinlich ebenfalls entzogen wurde. -sch-

*(9)

Dissident Liu Qing erneut verhaftet

Der Dissident Liu Qing (43) wurde Mitte Mai 1990 erneut in Beijing verhaftet. Liu, der zu den prominentesten Vertretern des Beijinger Frühlings 1978/79 zählt, war erst Anfang des Jahres nach 10jähriger Haft entlassen worden (siehe C.a., Februar 1990, Ü 7). Warum Liu Qing erneut verhaftet wurde, ist nicht bekannt. Seine Familie wurde immerhin von der Festnahme benachrichtigt. Der Gesundheitszustand von Liu Qing ist aufgrund der jahrelangen Isolationshaft schlecht. (IHT, 24.5.90; Le Monde, 25.5.90) -sch-

*(10)

Hou Dejian, Gao Xin und Zhou Duo wieder verhaftet

Drei prominente Dissidenten, von denen einer (Zhou Duo) gerade erst zweieinhalb Wochen zuvor aus mehrmonatiger Haft entlassen worden war, wurden offenbar am 31. Mai wieder verhaftet. Hou Dejian, Gao Xin und Zhou Duo hatten eine Pressekonferenz geplant, auf der sie einen offenen Brief an die politische Führung bekanntmachen wollten, in dem die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert wurde. (FAZ, 1.6.90) -sch-

*(11)

Jiang Zemin verharmlost Repression

ZK-Generalsekretär Jiang Zemin bezeichnete in einem Interview mit der US-Fernsehkette ABC am 18. Mai 1990 die westliche Berichterstattung über die blutige Niederschlagung der Studentenbewegung wörtlich als "viel Lärm um nichts" (NZZ, 22.5.90; vgl.

AWSJ, 5.6.90). Dieses "Nichts" kostete selbst nach offizieller chinesischer Darstellung rund 300 Zivilisten das Leben. Tatsächlich dürfte die Zahl der Todesopfer jedoch erheblich höher liegen. Die menschenverachtende Haltung, die aus der Äußerung von Jiang Zemin spricht, hat Tradition unter den chinesischen Kommunisten: Schon Mao hatte sinngemäß erklärt, daß es bei den mehreren Hundert Millionen Chinesen auf ein paar mehr oder weniger nicht ankommt.

So kann es auch nicht verwundern, daß Jiang Zemin "kein Bedauern" äußerte über die Art und Weise, wie der Studentenprotest beendet wurde. Allerdings räumt Jiang ein, daß "wir aus unseren Fehlern lernen" und deshalb "angemessene Vorbereitungen getroffen haben in Bezug auf die Verstärkung der Polizeikräfte und die Lagerung nicht-tödlicher Waffen". (AW, 1.6.90; AWSJ, 5.6.90)

In dem ABC-Interview behauptete Jiang Zemin auch, daß er von Hinrichtungen in direktem Zusammenhang mit den Protesten nichts wisse. Es sei keiner wegen prodemokratischer Aktivitäten hingerichtet worden. Gegenwärtig seien nur noch 431 Personen, darunter 42 Studenten, wegen der Ereignisse im Frühsommer letzten Jahres in Untersuchungshaft. (Ebenda; NZZ, 22.5.90)

In einem Interview des japanischen Fernsehens, das am 20. Mai ausgestrahlt wurde, behauptete Jiang Zemin, daß die chinesischen Sicherheitsbehörden aufgehört hätten, nach Studenten zu fahnden, die 1989 an den Demonstrationen teilgenommen hatten. Die Verfolgung sei völlig eingestellt worden. (NZZ, 22.5.90)

Gegenüber dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt, der genau zum Jahrestag des Verhängung des Ausnahmezustands in Beijing eintraf, erklärte Jiang Zemin in einem Gespräch am 21. Mai, daß die chinesischen Sicherheitskräfte für den Fall neuerlicher Studentendemonstrationen zur Gegenwehr ohne tödliche Waffen jetzt besser gerüstet seien. Anders als im vorigen Sommer verfüge China nun über spezialisierte Polizeieinheiten zur Bekämpfung von Unruhen, die ähnlich wie im Westen in der Lage seien, ohne Anwendung von Waffengewalt mit solchen Situationen fertig zu werden. (NZZ, 24./25.5.90)

Diese Darstellung von Jiang Zemin ist nachweislich falsch: "Anti-Aufruhr-Einheiten" der Bewaffneten Volkspolizei gibt es spätestens seit Sommer 1988, und spätestens seit dieser Zeit werden diese Einheiten auch mit nicht-tödlichen Waffen ausgerüstet, wie Tränengas, elektrische Schlagstöcke, Gewehre mit Gummigeschossen, Blendgranaten, Schutzschilder usw. Auf der Exportwarenmesse von Guangzhou wurden diese nichttödlichen Waffen chinesischer Produktion zum ersten Mal im Herbst 1988 ausgestellt und seitdem auch exportiert, u.a. nach Frankreich. Das Problem der konservativ-orthodoxen Kräfte innerhalb der politischen Führung scheint im Sommer 1989 nicht darin bestanden zu haben, daß es keine nichttödlichen Waffen und keine Spezialeinheiten zur Aufruhrbekämpfung gab, sondern daß diese Einheiten offenkundig als politisch nicht loyal eingeschätzt wurden. Die Teilnahme von Angehörigen der Bewaffneten Volkspolizei an Demonstrationen im Mai 1989 und die totale Auswechslung der militärischen und der politischen Führung der Bewaffneten Volkspolizei im Februar 1990 sind eindeutige Indizien für die Richtigkeit dieser Annahme. -sch-

*(12)

11 VBA-Veteranen warnen vor "Usurpation der Führungsgewalt über die Armee durch selbstsüchtige bürgerliche Karrieristen"

Nach einem Bericht der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* sollen 11 VBA-Veteranen kurz vor der 3. Tagung des VII. NVK im März 1990 Deng Xiaoping ein Schreiben übersandt haben, in dem sie Deng zu seinem Entschluß beglückwünschten, sich nun auch vom Amt des Vorsitzenden der Zentralen (staatlichen) Militärkommission zurückzuziehen. Gleichzeitig äußerten die 11 pensionierten Generäle ihre Besorgnis, daß "selbstsüchtige bürgerliche Karrieristen" die Führungsgewalt über die VBA erlangen könnten. Diese politisch äußerst brisante Passage des Briefes lautet wie folgt: "Seit ihrer Gründung war unsere Armee immer eine Armee des Volkes unter der Führung durch die Kommunistische Partei. Heute müssen wir nicht nur auf der Hut sein vor den schädlichen Einflüssen der bürgerlichen Liberalisierung auf unsere Armee, sondern wir müssen auch wachsam gegenüber den selbst-

süchtigen bürgerlichen Karrieristen sein, um zu verhindern, daß sie die Führungsgewalt über die Armee usurpieren." (zitiert nach Zhengming, Juni 1990, S. 16).

Die VBA-Veteranen nannten - wie in solchen Fällen üblich - keine Namen, doch der Bezug auf die Brüder Yang Shangkun und Yang Baibing ist offenkundig: Yang Shangkun (83) ist 1. stellvertretender Vorsitzender der ZK-Militärkommission und stellvertretender Vorsitzender der Zentralen (staatlichen) Militärkommission, während sein Bruder Yang Baibing (70) die militärischen Ämter des Generalsekretärs der ZK-Militärkommission, eines Mitglieds der Zentralen Militärkommission und des Direktors der Zentralen Politischen Abteilung der VBA innehat.

Zu den Unterzeichnern des Briefes sollen der frühere Verteidigungsminister Zhang Aiping (80) und der frühere Generalstabschef Yang Dezhi (80) zählen, die beide heute noch Mitglied des Ständigen Ausschusses der Zentralen Beraterkommission der KPCh sind. Sie hatten sich am 21. Mai 1989 auch gegen einen Einsatz der Armee gegen die Studentenbewegung gewandt.

Nach Angaben von *Zhengming* soll auch der frühere stellvertretende Generalsekretär der ZK-Militärkommission und frühere Direktor der Zentralen Logistikabteilung, Hong Xuezhi (77), zu den Unterzeichnern des oben genannten Briefes zählen (ebenda, S. 15-16). Hong war noch Anfang 1990 als Mitglied der ZK-Militärkommission aufgetreten. Hong dürfte diese Position jedoch mittlerweile verloren haben, da er Anfang April 1990 von seiner Mitgliedschaft in der Zentralen (staatlichen) Militärkommission entbunden wurde. Statt dessen wurde Hong Xuezhi im März auf den rein zereemoniellen Posten eines stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes abgeschoben. -sch-

*(13)

Weitere 211 Teilnehmer an der Studentenbewegung aus der Haft entlassen

Ein Sprecher des Ministeriums für öffentliche Sicherheit gab am 10. Mai bekannt, daß weitere 211 Teilnehmer an der Protestbewegung vom Frühjahr und Frühsommer letzten Jahres freige-

lassen worden seien. Bereits am 18. Januar hatte das Ministerium für öffentliche Sicherheit die Freilassung von 573 Demonstranten bekanntgegeben. Der Sprecher bezeichnete die Freigelassenen wörtlich als "Rechtsbrecher und Straftäter, die an dem Aufbruch und an der konterrevolutionären Rebellion im vergangenen Frühling und Sommer in Beijing teilgenommen haben" (RMRB, 11.5.90). Unter den Freigelassenen befinden sich die prominenten demokratisch orientierten Oppositionellen Cao Siyuan, Dai Qing, Li Honglin, Li Nanyou, Yang Baikai und Zhou Duo. Zhou Duo wurde allerdings am 31. Mai erneut verhaftet.

Der Sprecher des Ministeriums für öffentliche Sicherheit erklärte weiter, daß all jene Teilnehmer an der Demokratiebewegung mit Nachsicht behandelt würden, die eine gute Haltung bei der Eingestehung ihrer Schuld einnehmen und bereit seien, sich zu bessern. "Jene jedoch, die sich weigern, Vernunft anzunehmen und sich zu bessern, und stattdessen mit ihren üblen Taten fortfahren, werden entsprechend der Gesetze bestimmt streng bestraft werden", warnte der Sprecher, der außerdem bekanntgab, daß nach wie vor 431 Personen, die sich an der Protestbewegung beteiligt hatten, in Haft seien. (RMRB, 11.5.90)

Die erneute Freilassung von Teilnehmern an der Demokratiebewegung steht wahrscheinlich in Zusammenhang mit den Bemühungen der chinesischen Führung, das westliche Ausland zur Aufhebung der Wirtschaftsanktionen zu veranlassen. Insbesondere soll die Regierung der USA dazu bewegt werden, die Meistbegünstigungsklausel für chinesische Exportgüter zu verlängern. -sch-

*(14)

Ausnahmestand über Lhasa aufgehoben

Mit Wirkung vom 1. Mai 1990 wurde der Ausnahmestand über die Stadt Lhasa in Tibet aufgehoben. Der Ausnahmestand war am 8. März 1989 nach antichinesischen Unruhen verhängt worden. Die für die Durchsetzung des Ausnahmestands in Lhasa eingesetzten VBA-Truppen wurden abgezogen. (RMRB, 1.5.90)

Die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* berichtete, daß vor der Aufhebung des Ausnahmestands über

10.000 Sicherheitskräfte der Bewaffneten Volkspolizei aus Sichuan und Qinghai nach Tibet verlegt worden seien. Auch sei die Truppenstärke der VBA-Einheiten in Tibet wesentlich höher als noch im Jahre 1987. (Zhengming, Juni 1990) -sch-

Kultur

*(15)

Säuberungen im Kulturbereich

Nach der Unterdrückung der Demokratiebewegung im Frühsommer 1989 setzten in China umfangreiche Säuberungen ein, die besonders den kulturellen Bereich, namentlich das Kulturministerium und alle ihm unterstehenden Organe sowie die Medien, trafen und bis heute nicht abgeschlossen sind. Ausgeschaltet wurden nicht nur offenkundige Sympathisanten der Demokratiebewegung, sondern alle Anhänger liberaler Ideen. Das Ergebnis ist der Sieg der Orthodoxen auf breiter Front. Einen Eindruck von dem Ausmaß der Säuberungen vermittelt ein Artikel in der April-Ausgabe der Hongkonger Zeitschrift *Dang Dai* (14.4.90; Auszüge in SWB, 25.4.90). Darin werden folgende Einzelheiten offengelegt:

1. Säuberungen im Kulturministerium selbst:

Am schwersten betroffen von den Säuberungen auf Ministeriumsebene ist das Kulturministerium. Nach dem 4. Juni 1989 wurde jeder Mitarbeiter gezwungen, ein Bekenntnis abzulegen und über andere auszusagen. Dabei kam heraus, daß etwa 2.800 Mitarbeiter des Kulturministeriums und der diesem direkt unterstellten Organe die Demokratiebewegung entweder durch Teilnahme an den Demonstrationen oder durch Geldspenden unterstützt hatten. Diese 2.800 Mitarbeiter machen 15% der etwa 20.000 Mitarbeiter des Ministeriums und der ihm direkt unterstellten Organe aus. Es ist der höchste Prozentsatz aller Ministerien, d.h. das Kulturministerium war am stärksten in die Demokratiebewegung verwickelt. Nur wenige Kader sind verhaftet, zahlreiche jedoch entlassen oder versetzt worden. Am bekanntesten ist der Fall des Kulturministers Wang Meng, der